Ausgabe Groß-Berlin

Einzelpreis 10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 3. März 1930
Montag Abend

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Ritterstraße Nr. 50. Fernsprecher: Dönhoff 8937—8949. Telegramm-Adresse: Nordzeit. Postscheck-Konto: Berlin Nr. 107941. Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank. Depositenkasse: Berlin SW 68, Friedrichstraße Nr. 46

DAZ

Die „DAZ“ erscheint wöchentlich zwölfmal. Bezugspreis monatlich 4.35 R.-M. (in Berlin eigene Botenzustellung.) Anzeigenpreis: 0.40 R.-M., Familien-Anzeigen und Stellengesuche 0.25 RM. die 27 mm breite Millimeter-Zeile. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung

69. Jahrgang
Nr. 104
3.3.a
* 10 Pfennig

Frühlingsahnen

Dr. F. K. Das Reichskabinett, dem die gestrigen Beschlüsse der Deutschen Volkspartei und der demokratischen Reichstagsfraktion vorlagen, hat sich nach sehr kurzer Sitzung auf Dienstag nachmittag vertagt. Noch am Grabe pflanzt es die Hoffnung auf. Man will Zeit gewinnen und den Versuch machen, doch noch einen „Ausweg“ aus den Schwierigkeiten zu finden.

Es ist außerordentlich anerkennenswert, daß sowohl Reichsausschuß wie Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei einen einstimmigen und kategorischen Beschluß gefaßt haben. Diese Kundgebung wird, wenn die Fraktion dabei bleibt und ihre Politik in Zukunft auf ihre Grundlage aufbaut, geradezu ein Wendepunkt für sie und für das ganze Bürgertum sein. Sie ist geeignet, das in weiten Kreisen draußen im Lande wankende oder sogar erschütterte Vertrauen wieder aufzurichten. Es ist das Bekenntnis zur staatspolitischen Verantwortlichkeit, die Rückkehr zur sachlichen Staatspolitik. Nicht so sehr um die fälschlich „Notopfer“ genannte Mißwirtschaftsabgabe handelt es sich dabei, von der mit Recht festgestellt wird, daß sie den Willen zur Reform auf der Ausgabenseite des Reichshaushalts im Keim ersticken müsse. Viel wichtiger als diese Stellungnahme in einer Einzelfrage ist das grundsätzliche Eintreten für Finanzreform, für Entlastung der Steuerzahler, Wiederherstellung der Rentabilität und Förderung der Kapitalbildung. Eine neue Erhöhung der direkten Steuern, „gleichviel, unter welcher Bezeichnung sie erfolgt“, wird prinzipiell abgelehnt. Ueberall im Lande dürfte man innerhalb der staatsbürgerlich Gesinnten ohne Unterschied der Partei den Forderungen zustimmen: Ausgabensenkung in Reich, Ländern und Gemeinden, Sanierung der Arbeitslosenversicherung, gesetzliche Festlegung einer Steuererleichterung mindestens von 1931 an.

Nun ist natürlich entscheidend, daß die Partei im Sinne dieser vorzüglichen Beschlüsse, die zudem noch einstimmig gefaßt wurden, auch handelt. Eine Regierungskrise in diesem Augenblick drohe, so behauptet die demokratische Reichstagsfraktion, „eine Katastrophe heraufzubeschwören“. Es ist sonderbar und höchst erstaunlich, daß das in demokratischen Kreisen sonst überaus unbeliebte Wort „Katastrophe“ immer dann in den Mund genommen wird, wenn es um die Zurückweisung der anmaßenden Unfähigkeit der Sozialdemokratie geht. In Wahrheit kann von einer Katastrophe, die durch den Sturz der Regierung oder einzelner Minister hervorgerufen würde, nicht die geringste Rede sein, wenn anders man nicht bereits die heutigen finanziellen Zustände des Reiches, der Länder und Kommunen als Katastrophe bezeichnen will. Frankreich zum Beispiel befindet sich seit Wochen in einer Regierungskrise und niemandem wird es einfallen, deswegen von einer Katastrophe zu sprechen. Dasselbe Frankreich, das uns immer als Vorbild demokratischer Einrichtungen auf die Leinwand gezaubert, brachte es z. B. seinerzeit fertig, sein Ministerium zu stürzen, als in Genf der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, eine Entscheidung von ungewöhnlich politischer Tragweite beschlossen werden sollte, von der die Inkraftsetzung der Verträge von Locarno abhing. Nichts weniger als eine Katastrophe ist zu befürchten, wenn endlich die nichtsozialistischen Parteien gegen das Diktat der Sozialdemokratie sich auflehnen und, noch so schüchtern, den Versuch machen, gerade zur Rettung von Staat und Wirtschaft diejenige Politik zu inaugurieren, die allein imstande ist, nicht nur ihren eigenen Anhängern, sondern auch den Anhängern der Sozialdemokratie Brot und Arbeit und eine gesicherte Lebensgrundlage zu geben. Innerhalb des parlamentarischen Systems ist der Wechsel der Regierungen die natürlichste Sache der Welt und gerade, wer dieses System für die beste Regiernugsform hält, wie die Demokraten, hat kein Recht, infolge seiner selbstverständlichen Auswirkungen immer dann eine Erschütterung des Staatslebens zu verkünden, wenn es sich darum handelt, eine Klärung und Scheidung der Geister herbeizuführen. Wir fügen hinzu, daß wir nach wir vor nicht daran denken — was als billiges Gegenargument sofort behauptet werden wird —, die Sozialdemokratie oder gar die Arbeiterschaft „vom Staate auszuschließen“. Im Gegenteil: auch in der Opposition sind die Sozialdemokraten heute eine Staatspartei. Nach unserer Meinung aber kommt zur Zeit gar nicht in Frage, daß sie in die Opposition gehen. Mögen sie vielmehr, nachdem sie dem deutschen Volk das heutige Finanzchaos eingebrockt haben, selber dafür sorgen, daß der Etat wieder in Ordnung kommt, wenn sie das können. Die intellektuellen und parteidogmatischen Opfer, die die Sozialdemokratie innerhalb dieses Prozesses bringen muß, sind die Risikoprämie gerade für ihren berechtigten Anspruch, eine Staatspartei zu sein.

Zunächst haben wir allerdings damit zu rechnen, daß noch die unwahrscheinlichsten Versuche gemacht werden, trotz allem einen Weg der Verständigung innerhalb des Kabinetts und der Parteien zu finden. Auf Grund der sehr ruhigen und ernsten Aussprache in der Kabinettssitzung glaubt man in Regierungskreisen, noch immer Möglichkeiten der Verhandlung und politischen Transaktion zu sehen. Wo diese Möglichkeiten liegen, ist das Geheimnis der Regierung, und man sollte meinen, daß durch den Beschluß der Deutschen Volkspartei den volksparteilichen Ministern, die sich ja selbst dafür eingesetzt haben, alle Wege neuer Nachgiebigkeit verbaut sind. Gewiß wird ein machtvolles Trommelfeuer gegen ihre Nerven einsetzen, und man wird versuchen, die Beschlüsse von Reichsausschuß und Fraktion als homerische Heldengesänge zwischen den Schlachten hinzustellen, um die der „verantwortungsbewußte Staatsmann“ sich nicht kümmern dürfe. Das ist aber wahrscheinlich eine Rechnung ohne den Wirt. Denn die Deutsche Volkspartei kämpft, wie am Sonntag sehr deutlich zum Ausdruck kam, um ihre Existenz als politische Partei und wird keinen Schritt von dem jetzt vorgezeichneten Wege abweichen können, ohne diesen Existenzkampf ernstlich zu gefährden.

So wäre denn die lo·ische Konsequenz der letzten Entwicklung der Austritt der volksparteilichen Minister aus der Regierung und entweder die Gesamtdemission des Kabinetts oder zum mindesten die Ernennung neuer Männer für das Finanz- und auswärtige Ressort. Die Verabschiedung des Young-Plans, von dem hoffentlich im Plenum die Liquidationsabkommen abgetrennt werden, um später gesondert zur Behandlung zu kommen, wäre trotzdem natürlich nicht in Gefahr: Man wird annehmen können, daß ein großer Teil der Deutschen Volkspartei auch außerhalb der Regierung für den Young-Plan stimmen würde, weil nun einmal volksparteiliche Minister die Träger der deutschen Politik im Haag waren, weil weiterhin die Rheinlandbefreiung an den Namen des verstorbenen Parteiführers geknüpft ist. Regierungskrise, partieller oder Gesamtrücktritt des Kabinetts bedeutet also nicht zugleich auch Young-Krise. Die Termine können auch von einem geschäftsführenden Ministerium (oder Außenminister) durchaus eingehalten werden, und der Forderung des Zentrums, über den Etat vorher eine Einigung herbeizuführen, wird man entweder gerecht werden können, indem die Parteien der Weimarer Koalition ihrerseits der Mißwirtschaftsabgabe zustimmen, was ja bis auf die Demokraten bereits geschehen ist, oder indem der neue Reichsfinanzminister einen anderen, vernünftigen Vorschlag macht.

Die Weimarer Koalition hat im Reichstag eine kleine Mehrheit. Wenn es aber richtig ist, daß die Bayerische Volkspartei sich von dem Kabinett gleichfalls zu distanzieren wünscht, so wäre sie parlamentarisch in der Minderheit und müßte sich ihre Majoritäten von Fall zu Fall suchen. Auch das ist in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus nichts Neues. Die längste Zeit haben wir Minderheitskabinette gehabt, die sehr erhebliche Stimmen zur Herstellung der Majorität nötig hatten, und man kann nicht sagen, daß zu jener Zeit etwa noch schlechter regiert worden wäre als während der Herrschaft von Mehrheitsregierungen. Vielleicht darf man hier auch auf das englische Beispiel verweisen, auch die Regierung MacDonald ist bekanntlich eine Minderheitsregierung, und das klassische Land des Parlamentarismus fährt dabei ganz gut. Selbst wenn also auch die Bayerische Volkspartei aus dem Kabinett ausscheiden würde, ist zur Katastrophenstimmung nicht der geringste Grund vorhanden.

Freilich würde diese Entwicklung für die regierende Sozialdemokratie wenig angenehm sein. Sie ist bei den letzten Wahlen infolge der Passivität des Bürgertums so mächtig geworden, daß ihr diese Macht selbst über den Kopf wächst. Gerade auch dieser Gesichtspunkt spricht aber dafür (es ist ja die getreue Erfüllung des Willens der Wähler), der Sozialdemokratischen Partei keinerlei Verantwortung mehr abzunehmen, ihre staatssozialistischen Experimente nicht mehr mit dem Feigenblatt bürgerlicher Parteien zu decken. Da wir jede gewaltsame Aktion für vollkommen unmöglich und unzweckmäßig halten, gibt es keinen anderen Weg, zur Behebung der Wirtschaftsnot und der Massenverzweiflung zu gelangen, als den, die für die heutigen desolaten Zustände Verantwortlichen ihre Verantwortung bis zur Neige auskosten zu lassen. Vielleicht besinnt sich der deutsche Bürger dann auf seine Pflichten.

An anderer Stelle veröffentlichen wir den wesentlichen Inhalt des Schreibens, mit dem der frühere badische Staatspräsident Prof. Hellpach seinen Austritt aus der demokratischen Reichstagsfraktion und dem Reichstag vollzieht. Hellpach war im Jahre 1925 Präsidentschaftskandidat der Demokratie, er ist als geistvoller Schriftsteller hervorgetreten. Liegt nicht in seinem gewiß unverdächtigen Zeugnis eine Warnung nicht nur für seine Partei, sondern für das gesamte Bürgertum? Ist seine Resignation gegenüber dem Reichstag und dem heutigen Parteiwesen, die sich mit dem Entschluß zu wirklich aufbauender politischer Arbeit verbindet, nicht eine ernste Mahnung für das Bürgertum als solches? Wenn die geistigen Menschen in steigendem Maße nur mit Geringschätzung oder Abwehr von dem politischen Getriebe sprechen, so liegt darin eine Gefahr für den Staat, heraufbeschworen durch jene passive Planlosigkeit im Bismarckschen Sinne, die die Signatur des Parteilebens von heute ist. Der aber versteht die Zeichen der Zeit schlecht, der glaubt, es sei möglich, auf unbegrenzte Dauer die Staatsführung unter Verzicht auf eigene Initiative und schöpferische Verantwortung auf ein Dahinvegetieren von Gnaden der Augenblickskonjunktur zu beschränken. Um neben dem Finanzzusammenbruch nur noch ein Beispiel zu erwähnen: wo bleiben die wegweisenden Gedanken des Reichsministeriums des Innern und seines Ministers Severing zur Reichs- und Verwaltungsreform?

Möge der vernünftige und aufrichtige Beschluß, den die Deutsche Volkspartei gefaßt hat, zum Beginn einer neuen Aera bürgerlicher Politik im Staate werden.

Kabinettsentscheidung vertagt

Die Krise der Großen Koalition — Scheidet die Deutsche Volkspartei aus der Regierung?

Der Beschluß, den die Deutsche Volkspartei am Sonntag gefaßt hat, wurde in den politischen Kreisen übereinstimmend dahin ausgelegt, daß er die Krise des jetzigen Kabinetts zur Folge haben würde, da er ja für die von der Linken verfolgten Tendenzen, an Stelle einer Ausgabensenkung und einer Sanierung der Arbeitslosenversicherung eine Erhöhung der direkten Steuern herbeizuführen, in keiner Weise eine Kompromißmöglichkeit biete. Im Laufe des Montags gestaltete sich die Stimmung trotzdem wieder freundlicher, weil im Kabinett lebhafte Kompromißbemühungen im Gange sind und weil in diesem Zusammenhange behauptet wird, auch der Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer zeige sich den Kompromißversuchen gegenüber freundlicher, als das nach dem Beschluß seiner Partei zu erwarten gewesen wäre.

Selbstverständlich will insbesondere Reichskanzler Müller nichts außer acht lassen, was etwa doch noch eine Verständigung bewirken könnte. Unter diesem Zeichen stand die Ministerbesprechung über die folgendes amtliche Kommunique ausgegeben wurde:

Heute Vormittag wurde in einer Ministerbesprechung unter dem Vorsitz des Reichskanzlers über die Deckungsvorschläge zum Reichshaushaltsplan 1930 beraten. Die Verhandlungen über die Steuergesetze und Steuersenkungsmaßnahmen für 1931 und die damit zusammenhängenden Fragen werden morgen (Dienstag) fortgesetzt.

Ein wesentliches Moment für die Kompromißbemühungen — das freilich die Stellung der Deutschen Volkspartei noch weiter verstärkt — liegt in den geringen Aussichten einer Rumpfregierung der Weimarer Koalition. Es ist sehr zweifelhaft, ob die Bayerische Volkspartei, die am Dienstag in München eine Tagung abhält, sich zu einem solchen Experiment hergibt. Auch die Demokraten haben schon gestern lebhafte Bedenken gegen eine Weimarer „Notlösung“ geäußert.

Der Beschluß der Volkspartei

Die Deutsche Volkspartei hat, wie wir ankündigten, an ihrer ablehnenden Stellung gegenüber den Aenderungsvorschlägen der Linksparteien zum Deckungsprogramm des neuen Etats festgehalten. Die Volkspartei ist der Ansicht, daß diese Aenderungsvorschläge, insbesondere das Verlangen nach einem „Notopfer“, einer Zwangsabgabe einzelner Volksschichten zugunsten des Zuschußbedarfs der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung, in Widerspruch steht zu der gemeinsam festgelegten Linie steuerlicher Schonung und Entlastung, die ausdrücklich im Dezember-Programm der bisherigen Regierungsparteien festgelegt wurde und die der Volkspartei mit Rücksicht auf die Rückwirkungen der Steuerpolitik auf Kapitalbildung und Arbeitsmarkt unveräußerlich erscheint.

Die Bedeutung des volksparteilichen Entschlusses, der gleichbedeutend ist mit der Kündigung der Regierungsgemeinschaft, wird dadurch unterstrichen, daß sämtliche beteiligten Instanzen — Parteivorstand, Reichstagsfraktion und Reichsausschuß — ihn einstimmig gefaßt haben.

Im Reichsausschuß, dessen Beratungen schon mittags zu Ende gingen, berichtete der Parteivorsitzende, Reichsminister a. D. Dr. Scholz, über die politische Lage. Er hob den großen Ernst der politischen Lage hervor und bezeichnete unter der stürmischen und einstimmigen Zustimmung des Reichsausschusses die Inangriffnahme einer Finanzreform mit dem Ziele, die deutsche Produktion zu entlasten, die Kapitalbildung zu fördern und den Arbeitsmarkt zu beleben, als das politische Kernproblem. Am Anfang dieser Reform dürfe logischerweise keine Erhöhung der direkten Steuern stehen, auch nicht in der verschleierten Form eines sogenannten Notopfers der Festbesoldeten, dessen verfassungsrechtliche Zulässigkeit höchst zweifelhaft sei, dessen Wirkung aber in einer Hinausschiebung der dringend notwendigen inneren Sanierung der Arbeitslosenversicherung bestehen würde.

Die Darlegungen des Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer bewegten sich in gleicher Richtung. In der Aussprache, an der sich Vertreter aus allen Teilen des Reiches beteiligten, unterstrichen sämtliche Redner ohne Ausnahme die Richtigkeit dieser Auffassung aufs lebhafteste. Ebenso allgemein und überzeugend kam zum Ausdruck, daß das deutsche Volk an einem Wendepunkt stehe, der über Leben und Sterben seiner Wirtschaft entscheide. Die Partei müsse deshalb im Interesse der deutschen Zukunft unbeirrbar an dem jetzt eingeschlagenen Kurs festhalten. In seinem Schlußwort konnte Minister Dr. Scholz unter dem sich erneuernden lebhaften Beifall der Versammlung die absolute Einmütigkeit des ganzen Reichsausschusses in diesen Fragen feststellen.

Die Reichstagsfraktion trat dann am Nachmittag zusammen. Reichsaußenminister Dr. Curtius nahm an ihren Verhandlungen nicht teil, da er von seiner leichten Erkrankung noch ans Zimmer gefesselt wurde; er muß, wie mitgeteilt wird, bis Mittwoch das Bett hüten. Ueber das Ergebnis der Fraktionsberatungen wurde folgende offizielle Erklärung ausgegeben:

„Die Deutsche Volkspartei ist der Auffassung, daß das Kernstück jeder Finanzreform eine Entlastung der Wirtschaft, die Wiederherstellung der Rentabilität in Landwirtschaft, Handel, Handwerk und Industrie sowie die Förderung der Kapitalsbildung sein muß. Nur auf diesem Wege ist es möglich, das größte der sozialen Uebel, die Arbeitslosigkeit, wirksam zu bekämpfen und aus dem Dreimillionenheer der Erwerbslosen einen möglichst großen Teil wieder in die Wirtschaft einzugliedern. Nachdem die Entwicklung der Finanz- und Kassenlage des Reiches die von allen Seiten als notwendig erkannte Senkung der direkten Steuern für das Jahr 1930 unmöglich gemacht hat, muß die gesetzliche Festlegung einer solchen Senkung für das Jahr 1931 gefordert werden.

Unvereinbar hiermit wäre eine neue Erhöhung der direkten Steuern, gleichviel unter welcher Bezeichnung sie erfolgt. Das sogenannte Notopfer würde außerdem den Willen zur Reform auf der Ausgabenseite des Reichshaushaltes im Keime ersticken. Im Zusammenhang mit dem Reichshaushalt für 1930 müssen daher folgende Maßnahmen getroffen werden:

Gesetzliche Sicherung der Ausgabensenkung in Reich, Ländern und Gemeinden, insbesondere auch durch Sanierung der Arbeitslosenversicherung.

Unter Vermeidung jeder weiteren Erhöhung von direkten Steuern gesetzliche Festlegung einer Senkung dieser Steuern vom Beginn des nächsten Haushaltsjahres ab.“

Die entsprechenden Beschlüsse wurden von Parteivorstand, Reichsausschuß und Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei einstimmig gefaßt.“

Auch die Demokraten gegen das Notopfer

Die demokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich ebenfalls am Sonntagnachmittag im Reichstag mit der Krise, in die das Kabinett durch die Notopfer-Forderung der Linksparteien geraten ist. Während die volksparteiliche Fraktion ihren Entschluß schon in der 7. Abendstunde faßte, zogen sich die Beratungen der Demokraten noch einige weitere Stunden hin. Sie gaben dann einen Beschluß bekannt, in dem sie Ersparnisanträge zum Etat ankündigen. Insbesondere soll die Reform der Arbeitslosenversicherung verlangt werden. Es heißt weiter:

„Die Fraktion verschließt sich nicht der Einsicht, daß zur Deckung des Reichsdefizits eine Erhöhung der Lasten für das Jahr 1930 unabweisbar ist. Sie erhebt gegen das Finanzprogramm des Reichsfinanzministers keine grundsätzlichen Einwendungen. Dagegen lehnt sie es ab, in eine Erhöhung der direkten Steuern zu willigen. Sie teilt auch die ernsten Bedenken gegen das sogenannte Notopfer der Festbesoldeten.

Die Fraktion würdigt jedoch den ungeheuren Ernst der Lage. Eine Regierungskrise in diesem Augenblick droht eine Katastrophe heraufzubeschwören. Die Fraktion billigt deshalb die vermittelnde Haltung des Ministers Dietrich und bittet ihn, auch weiterhin auf eine die Krise vermeidende Verständigung hinzuwirken.“

Es wird dann vorgeschlagen, einen rückzahlbaren Notbeitrag zur Linderung der gegenwärtigen Finanznot zu erheben, allerdings unter der Voraussetzung, daß 1931 bestimmt eine Senkung der direkten Steuern vorgenommen werde.

Hellpach legt sein Mandat nieder

Heidelberg, 3. 3.

Prof. Dr. Hellpach, der frühere badische Unterrichtsminister und Staatspräsident, hat in einem Schreiben an den geschäftsführenden Vorsitzenden der Demokratischen Partei, Staatssekretär a. D. Oskar Meyer, M. d. R. mitgeteilt, daß er sein Reichstagsmandat niedergelegt und gleichzeitig aus der Leitung der Deutschen Demokratischen Partei ausscheidet.

Das Schreiben erklärt, daß Prof. Hellpach zu diesem reiflich überlegten Schritt nicht durch persönliche Verstimmungen, sondern durch den Wunsch veranlaßt worden sei, Bindungen abzustreifen, die seine Meinungsäußerung oder Entschlußfassung zu den großen innerpolitischen Problemen der Zeit beschränken müßten.

*

Von demokratischer Seite wird Wert auf die Feststellung gelegt, daß Professor Dr. Hellpach Mitglied der Demokratischen Partei bleibt.

(Siehe auch Seite 2)

Der Verwaltungsrat der BIZ.

fr. **Mailand**, 3. 3. (Eigenbericht)

Wie schon früher berichtet, wurde in der letzten Sitzung der Gouverneure der verschiedenen Emissionsbanken in Rom der Gründungsakt der Internationalen Zahlungsbank (BIZ.) unterzeichnet. Nach dem „Giornale d'Italia“ soll der Verwaltungsrat wie folgt zusammengesetzt sein: für England Montagu Norman und Charles Addis, für Frankreich der Gouverneur der französischen Notenbank, Moreau, und Baron Brincard, Präsident des Crédit Lyonnais sowie der Präsident der Suez-Kanal-Gesellschaft, Devogue, für Belgien der Gouverneur der belgischen Emmissionsbank, Frank, und E. Francqui, belgischer Finanzmann, der schon zusammen mit Frank im Young-Komitee tätig war, für Japan Tanaka, Londoner Vertreter der japanischen Notenbank, und Nohara, Verwaltungsratsmitglied der Yokohama Specie Bank, für Italien Gouverneur Stringer. Als Vertreter Amerikas werden bezeichnet MacGarrah und Leon Fraser. Ersterer wird die Präsidentschaft der Internationalen Zahlungsbank übernehmen.